

## **Gemeinderat am 18.09.2018**

**In der letzten Sitzung beschloss der Gemeinderat den Bebauungsplan für die 2. Erweiterung des Gewerbegebiets Lachental. Er legte die Rahmenbedingungen für die Kommunalwahl 2019 fest und erteilte weitere Aufträge zur Umrüstung des EDV-Netzes in der Gemeinschaftsschule. Außerdem standen das Ergebnis der Umfrage zum Mitteilungsblatt und mehrere Kostenfeststellungen auf der Tagesordnung.**

Zu Beginn der Sitzung informierte Bürgermeister Wolfgang Lahl darüber, dass in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung die frei werdenden Stellen „Pädagogische Gesamtleitung der Kinderbetreuungsangebote“ und „Stellvertretende Amtsleitung in der Finanzverwaltung“ besetzt wurden.

### Bebauungsplan für die 2. Erweiterung des Gewerbegebiets Lachental – Zwischen den Wiesen

Der Bürgermeister begrüßte zu dieser Beratung Herrn Manfred Metzger vom Büro mquadrat, der diese Baugebietserweiterung als Erschließungsträger begleitet und auch den Bebauungsplan bearbeitet hat. Nach einem lang andauernden Bebauungsplanverfahren, in dessen Verlauf mehrere Änderungen notwendig wurden, stehe nun der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan an.

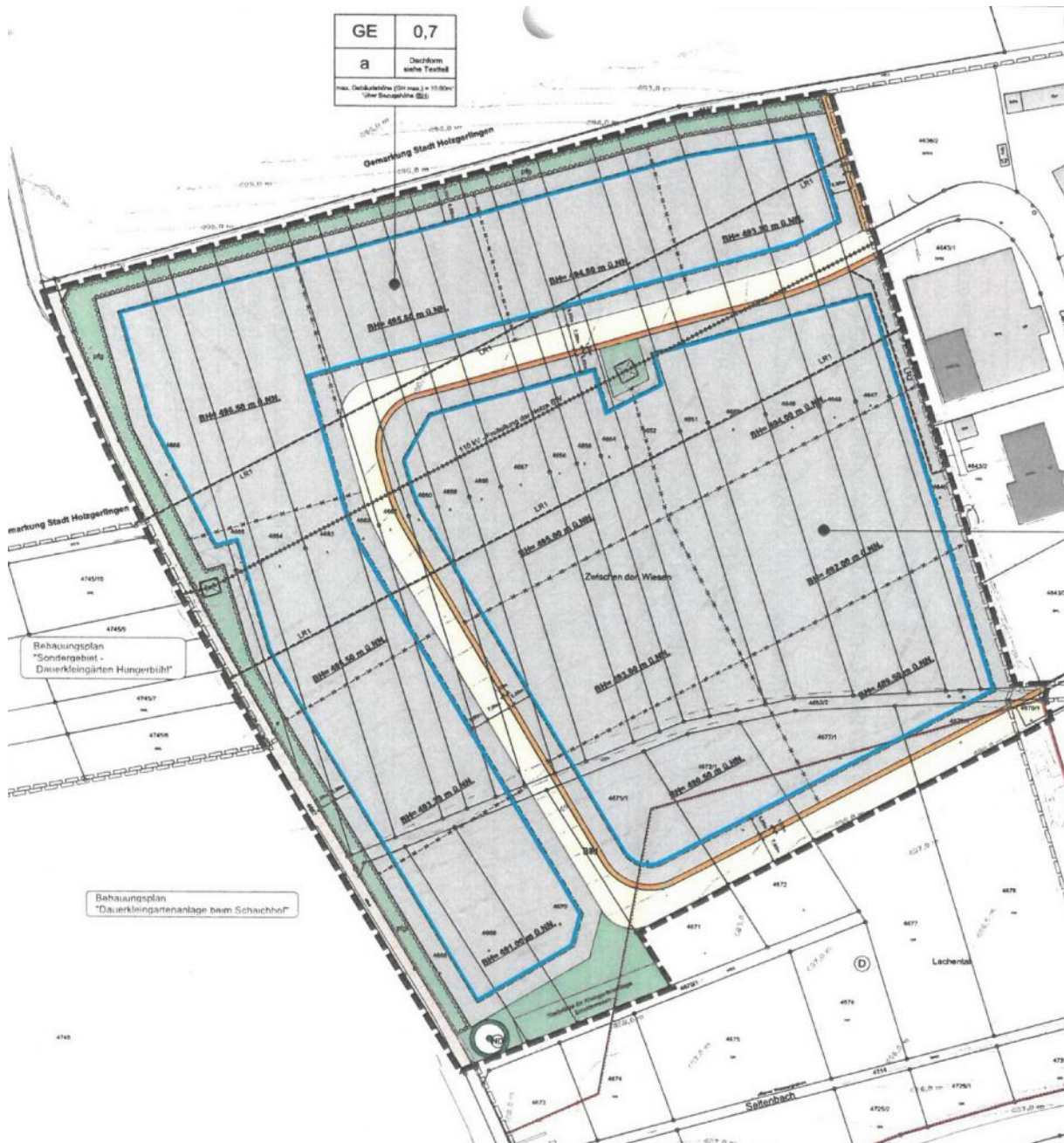
Herr Metzger verwies auf die umfassende Darstellung der eingegangenen Anregungen und Bedenken und ging stichwortartig auf die Äußerungen der beteiligten Behörden ein. Er erläuterte im Detail die Stellungnahmen aus dem Landratsamt Böblingen (Baurecht, Immissionsschutz, Naturschutz, Wasserwirtschaft) und des Regierungspräsidiums Stuttgart zur Raumordnung und zur Denkmalpflege.

Für den Ausgleich der Eingriffe in die Ökologie sind 450.000 Ökopunkte notwendig. Da im Ökokonto der Gemeinde 640.000 Ökopunkte enthalten sind, die durch bereits realisierte Maßnahmen, wie den Greifvogel-Erlebnispfad, die ökologische Aufwertung des Schaichhofsees und die Alt- und Totholzkonzeption eingebracht wurden, ist der Nachweis des ökologischen Ausgleichs problemlos möglich.

Bürgermeister Wolfgang Lahl hob hervor, dass auf diese Weise durch bereits vollzogene, geplante und sinnvolle Maßnahmen der ökologische Ausgleich für ein wichtiges Vorhaben der Gemeinde möglich ist.

Herr Metzger hob hervor, dass an diesem Beispiel der Sinn eines Ökokontos besonders deutlich wird. Nachzuweisen ist, dass diese bereits im Ökokonto enthaltenen Punkte für den ökologischen Ausgleich in diesem Baugebiet verwendet werden, wofür ein städtebaulicher Vertrag notwendig ist. Dieser wurde dem Gemeinderat als Tischvorlage ausgegeben.

Herr Metzger erläuterte, dass die öffentliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan erst dann erfolgen wird, wenn alle Eigentümer im Bebauungsplangebiet die Teilnahme am Umlegung und Erschließungsverfahren schriftlich bestätigt haben.



Als besondere Maßnahmen in diesem Gewerbegebiet steht die Versetzung der 110 KV-Leitung an. Außerdem müssen in einem kleineren Bereich südlich des Gewerbegebietes Rettungsgrabungen erfolgen, um die dortigen Bodendenkmäler zu sichern.

Bürgermeister Wolfgang Lahl ging ebenfalls noch auf den aktuell abgeschlossenen städtebaulichen Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Landratsamt Böblingen ein, in dem die Anrechnung der drei Maßnahmen Greifvogel-Pfad, Sanierung Schaichhofsee sowie Alt- und Totholzkonzeption auf den ökologischen Ausgleich speziell für dieses Gebiet vereinbart wurde. Außerdem ging er darauf ein, dass für die Straßen in der Gewerbegebietserweiterung noch Straßennamen zu vergeben sind. Da die neuen Straßen direkt an vorhandene Straßen anschließen werden die

bestehenden Straßennamen Ernst-Abbe-Straße und Carl-Zeiss-Straße übernommen.

Gemeinderat Hiller sprach an, dass durch dieses Baugebiet der mittlere Feldweg entfällt. Er regte an, im Süden des Gebiets einen schmalen Fußweg anzulegen, der nicht befestigt sein müsse.

Gemeinderat Breitling bedauerte, dass nicht wie früher geplant eine direkte Verbindung zur Arthur-Hecker-Straße möglich ist. Den sofortigen Ausgleich der ökologischen Eingriffe über das Ökokonto der Gemeinde begrüßte er. Aus seiner Sicht sollte es noch möglich sein, Stichwege für Rettungsfahrzeuge anzulegen.

Zu dem vorgeschlagenen Fußweg erläuterte Herr Metzger, dass im Süden des Gebietes ein unbefestigter Weg möglich ist, ebenso wie einige unbefestigte Stellplätze. Dadurch soll die Kleingartenanlage Anlage zu Fuß erreichbar sein. Gemeinderätin Himmelein regte an, diesen Weg fahrradtauglich zu machen.

Zum Thema Stichwege berichtete Herr Metzger, dass deren Anlage von den späteren Grundstücksaufteilungen abhängig sein wird. Es sei leichter, später Stichwege anzulegen, als bereits jetzt durch die Anlage von Stichwegen unverrückbare Vorgaben für Grundstücksaufteilungen zu machen.

Zum Wegfall des direkten Anschlusses an die Arthur-Hecker-Straße erläuterte der Vorsitzende, dass für dessen Realisierung sehr umfangreiche Rettungsgrabungen notwendig gewesen wären. Dadurch wären die Erschließungskosten unwirtschaftlich geworden.

Gemeinderat Dauber fragte nach dem Zeitplan für das Gebiet. Ziel ist, im Oktober 2018 die schriftlichen Zusagen aller Eigentümer im Gebiet zu haben. Anschließend kann der Bebauungsplan in Kraft gesetzt werden, worauf dann der Umlegungsplan erstellt werden kann. Sobald die Umlegung unanfechtbar ist können die Aufträge zur Verlegung der 110 KV-Leitung und für die Rettungsgrabungen erteilt werden. Wann dann tatsächlich mit den Erschließungsarbeiten angefangen werden kann hängt davon ab, in welcher Jahreszeit man sich dann befindet.

Gemeinderätin Weiß erkundigte sich nach der Anzahl der geplanten Gewerbeeinheiten. Diese Frage kann derzeit noch nicht beantwortet werden, so Herr Metzger weil die Grundstücksvergaben noch nicht erfolgt sind. Die Mindestgröße eines Gewerbegrundstücks beträgt jedoch 2.000 m<sup>2</sup>. Der Bürgermeister ergänzte dazu, dass bei ihm bereits sehr viele Anfragen von Gewerbetreibenden aus dem Ort und auch von außerhalb vorliegen. Er will mit der Vermarktung beginnen, sobald verlässlich feststeht, wann die Erschließungsarbeiten abgeschlossen sind.

Gemeinderat Hiller interessierte, ob auf den landwirtschaftlich genutzten Grundstücken noch einmal ausgesät werden kann. Das bejahte der Bürgermeister.

Gemeinderat Speidel erkundigte sich, ob es Bauverpflichtungen für die neuen Gewerbegrundstücke geben wird. Bürgermeister Wolfgang Lahl führte dazu aus, dass alle von der Gemeinde verkauften Grundstücke eine Bauverpflichtung haben. Bei den Privaten, die dort ein Grundstück zugeteilt erhalten, ist eine Bauverpflichtung nicht möglich.

Gemeinderätin Doktor Staber fragte, ob die Straßenbreiten so ausgelegt sind, dass dort auch LKWs parken können. Dies bestätigte der Planer. Eine von Gemeinderat Dauber angefragte Prognose zur Zunahme des Verkehrs ist nicht möglich, so der Bürgermeister, da die Gemeinde noch nicht weiß, wer dort bauen wird. Die Vergabe der Gewerbegrundstücke wird von den Vorgaben und Kriterien des Gemeinderates abhängig sein.

Gemeinderat Hiller sprach den Wassergraben an der Ostseite des Gebietes an und fragte, ob für die spätere Pflege dieses Bereiches vorgesorgt ist. Das konnte der Bürgermeister bestätigen, denn das im Bebauungsplan enthaltene Leitungsrecht beinhaltet das Recht zum Betreten dieses Bereiches zur Pflege des Wassergrabens.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat den vorgeschlagenen Abwägungsergebnissen zu und beschloss den Bebauungsplan für die Erweiterung des Gewerbegebiets Randall als Satzung.

### **Umfrage zum Mitteilungsblatt**

Bürgermeister Wolfgang Lahl begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Holger Schmidt, der die Umfrage durchgeführt und ausgewertet hat. Er ging kurz darauf ein, dass seit dem Sommer 2017 im Mitteilungsblatt in der Heftmitte jeweils zwei Seiten mit redaktionellen Beiträgen zur Arbeit der Vereine in der Gemeinde enthalten sind. Bei der Haushaltsplanberatung 2018 hatte der Gemeinderat darauf gedrängt, die weitere Fortsetzung von der Akzeptanz in der Bevölkerung abhängig zu machen.

Herr Schmidt stellte im Detail die Ergebnisse der Umfrage vor. Beteiligt hatten sich 114 Teilnehmer, was etwa 3 % der belieferten Haushalte entspricht. Unter anderem wurde nach der durchschnittlichen Lesezeit gefragt. Über die Hälfte, beinahe 53 Prozent, nehmen sich mehr als 15 Minuten Zeit, um das Mitteilungsblatt zu lesen. Die Umfrage ergab außerdem, dass das Mitteilungsblatt in über 60 % von zwei Personen im Haushalt gelesen wird.

Besonders interessant war die Frage, was gerne gelesen wird. An der Spitze lagen dabei die Veranstaltungshinweise, gefolgt von den Vereinsnachrichten, amtlichen Nachrichten und dem redaktionellen Teil in der Heftmitte. Den Vereinsteil in der Heftmitte empfanden beinahe 80 % als Bereicherung für das Mitteilungsblatt, die beibehalten werden sollte. Etwa 5 % sahen diesen Teil des Mitteilungsblattes als überflüssig an.

Gefragt wurde ebenfalls, was im Mitteilungsblatt vermisst wird und was nicht gefällt. Hier äußerten sich die Umfrageteilnehmer meistens so, dass ein handliches Format angenehmer wäre. Außerdem wurde die Druckqualität bei Bildern und bei den Anzeigen kritisiert.

Hauptamtsleiter Feitscher ging anschließend darauf ein, dass in der letzten Zeit die Zuverlässigkeit bei der Zustellung des Mitteilungsblattes nachgelassen hat. Die Verwaltung ist deswegen regelmäßig in Kontakt mit dem Verlag. Besonders störend war, dass vor zwei Wochen in Breitenstein die Austragung besonders fehlerhaft war. Da dieser Ausgabe des Mitteilungsblattes die vom Seniorenforum entwickelte

Weilemer Bankkarte beilag, war das besonders unangenehm. Der Verlag wird das ausgleichen, indem in der KW 39 in Breitenstein die Bankkarte nochmals ausgetragen wird.

Bürgermeister Wolfgang Lahl trug vor, dass die Verwaltung eine positive Haltung zu den Beiträgen in der Heftmitte hat. Sie sieht dies als Forum für die Vereine und als gute Gelegenheit, sich im Mitteilungsblatt einmal anders zu präsentieren. Ein großer Vorteil sei, dass die redaktionelle Verantwortung für diese Beiträge bei Herrn Schmidt liegt, was unter anderem in der freien Auswahl der Themen zum Ausdruck kommt, über die er berichtet. Für den Bürgermeister machen die Beiträge in der Heftmitte das Mitteilungsblatt attraktiver.

Gemeinderat Kolb unterstützte die zusätzliche Präsentationsmöglichkeit für die Vereine. Er lobte die gute und ausgewogene Mischung der Beiträge in der Heftmitte. Gegenüber dem Beschlussvorschlag der Verwaltung regte er an, die Fortgeltung der Beiträge in der Heftmitte zunächst auf zwei Jahre zu begrenzen. Bürgermeister Wolfgang Lahl unterstützte diese Anregung.

Gemeinderat Breitling ging auf das Problem des unzuverlässigen Austragens ein. Immer öfter würde das Mitteilungsblatt verspätet oder gar nicht ausgetragen. Der Bürgermeister betonte, dass die Gemeindeverwaltung dazu in regelmäßigem Kontakt mit der Geschäftsleitung des Verlages ist.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, die Beiträge in der Vereinsmitte zunächst bis Ende 2020 beizubehalten.

### **Kommunalwahl 2019, Festlegung der Rahmenbedingungen.**

Hauptamtsleiter Feitscher sprach an, dass in acht Monaten die Kommunalwahl ansteht. Die Vorbereitungen der Parteien und Gruppierungen zur Aufstellung ihrer Kandidatenlisten laufen. Deshalb soll mit dem Beschluss des Gemeinderats zu den Rahmenbedingungen der Kommunalwahl Klarheit für die Aufstellungsverfahren geschaffen werden.

Er erläuterte, dass die Größenordnungen der Einwohner für die Anzahl der Gemeinde- und Ortschaftsräte sowohl für den Gemeinderat als auch für die beiden Ortschaftsräte gleich geblieben sind. Maßgebend sind die Zahlen am 30.9.2017. Weil im Schönbuch lag mit 9.988 Einwohnern ganz knapp unter der nächsten Größenklasse. Bei der nächsten Kommunalwahl wird es deswegen sehr wahrscheinlich notwendig sein, wegen der Einwohnerzahl über 10.000 Einwohnern erneut über die Anzahl der Sitze im Gemeinderat und die Sitzverteilung zu beraten.

Er berichtete, dass im Ältestenrat intensiv darüber diskutiert wurden, ob der Gemeinderat weiter nach der unechten Teilortswahl gewählt werden soll. Der Wunsch des Ältestenrat war es, sowohl bei der unechten Teilortswahl als auch bei der Anzahl von 18 Sitzen im Gemeinderat und bei der bestehenden Verteilung auf Weil im Schönbuch, Neuweiler und Breitenstein zu bleiben. Durch die unechte Teilortswahl geht die Verwaltung davon aus, dass der Gemeinderat wieder mehr als 18 Mitglieder haben wird, weil Ausgleichssitze anfallen werden.

Neu ist für die beiden Ortschaftsräte, dass in ihren Vorschlagslisten doppelt so viel Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt werden dürfen, wie Sitze zu besetzen sind. In Neuweiler und in Breitenstein können deshalb bis zu 16 Bewerberinnen und Bewerber in einer Vorschlagsliste genannt werden.

Zum Procedere schlug die Verwaltung vor, wie bei der letzten Wahl am Wahlsonntag nur die Wahlen zum Europaparlament und zur Regionalversammlung auszuführen. Die Wahlen zum Gemeinderat, Kreistag und zu den beiden Ortschaftsräten sollen erst am Montag und ausschließlich im Rathaus Weil im Schönbuch ausgezählt werden.

Der nächste Schritt zur Vorbereitung der Kommunalwahl wird die Bestellung des Gemeindevwahlausschusses sein. Die Gemeindeverwaltung hat vor, nicht mehr kandidierenden Gemeinderätin und Gemeinderäte als Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses einzubeziehen.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen für die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 zu.

### **EDV-Netzwerk an der Gemeinschaftsschule – Vergabe von Leistungen**

Der Bürgermeister berichtete eingangs, dass der Markt für die EDV-Betreuung von Schulnetzwerken so speziell ist, dass keine normale Ausschreibung, wie sonst üblich, möglich ist.

Ortsbaumeister Ehmann erläuterte, dass die neue Konzeption für die Schul-EDV bis auf den letzten Abschnitt (von Unterverteilern in die Klassenzimmer) durchgehend auf Glasfaserverbindungen ausgerichtet ist. Ab der Übergabe von der Straße bis in das Gebäude zum Serverraum und von dort aus zu mehreren Unterverteilern wird Glasfaser verwendet. Der letzte Abschnitt, vom Unterverteiler in je 4 – 5 Klassenzimmer, verwendet herkömmliche Netzkabel aus Kupfer.

Durch dieses Konzept kann das bestehende Netzwerk nicht weiterverwendet werden. Teilweise wurden die Verkabelungen durch die Fa. Elektro-Brennenstuhl bereits erneuert. Weitere Verkabelungen durch die Firma Elektro-Brennenstuhl für ca. 24.000 € sind in den Herbstferien geplant. Die Fa. Indasys soll den Server und Netzwerkkomponenten wie Switche austauschen. Dafür wird mit Kosten von etwa 66.000 € gerechnet.

Die Preise der Fa. Indasys, mit der die Gemeinde beim Schulnetzwerk zusammenarbeitet, wurden von einem Fachbüro überprüft und sind angemessen.

Insgesamt rechnet die Verwaltung für die Infrastruktur des Schulnetzwerks mit ca. 152.000 €. Zusätzlich werden 2019 ca. 60 PCs erneuert werden müssen, weil die bisherigen Geräte nicht mehr mit Windows 10 arbeiten können.

Bürgermeister Lahl ergänzte zur Erneuerung der PCs, dass die Gemeinde hier die Ausschreibung der Landesprogramme zur IT-Ausstattung der Schulen abwarten will. Spannend wird außerdem sein, wie sich die Glasfaserinitiative der Region Stuttgart auswirken wird, die ohnehin noch ein Thema im Gemeinderat werden wird. Im

Fahrplan der Gemeinde kommt deshalb zuerst die innere Infrastruktur in der Gemeinschaftsschule, dann die Erneuerung von Rechnern und zum Schluss der Wechsel beim externen Anschluss der Schule auf Glasfaser.

Gemeinderat Kolb fragte, ob die jetzt zu beauftragenden Arbeiten förderfähig sind, was der Bürgermeister verneinte.

Gemeinderat Speidel legte Wert auf eine umfassende Dokumentation des Netzwerks inklusive Messwerte. Der Bürgermeister bestätigte, dass dies auch für die Gemeindeverwaltung ein Thema mit hoher Priorität ist.

Gemeinderat Breitling interessierte, ob auf dem Schulgelände Tiefbau notwendig ist. Da alle Kabel in abgehängte Decken und in Kriechgängen verlegt werden können muss nicht aufgedeckt werden.

Einstimmig stimmt der Gemeinde den weiteren Vergaben an die Fa. Elektro-Brennenstuhl und an die Fa. Indasys zu.

### **Kostenfeststellung für den Anbau bei der Gemeinschaftsschule**

Ortsbaumeister Ehmann trug vor, dass der Schulhausanbau mit 1,549 Mio. Euro um 62.000 Euro über der letzten Kostenberechnung vom Februar 2016 mit 1,487 Mio. Euro lag. Hauptursache war ein nicht verzeichneter und zudem verstopfter Abwasserkanal mitten im Baugrundstück, der für ca. 48.000 Euro saniert werden musste. Zieht man diese Kosten vom Endergebnis ab kann man von einer Punktlandung sprechen. Zu verdanken sei dieses gute Ergebnis in erster Linie dem guten Team um Architekten und Fachplaner.

Gemeinderätin Himmelein fragte, wann der Landeszuschuss für den Anbau eingehen wird. Dazu konnte die Verwaltung noch keine verbindliche Auskunft geben. Denn trotz Zuschusszusage und mehrfachem Nachhaken ging bis dato noch kein Zuschussbescheid ein. Die Verwaltung geht aber davon aus, dass der zugesagte Zuschuss gewährt wird. In jedem Fall ist mit einer deutlich späteren Auszahlung zu rechnen. Deshalb wurde der Zuschuss auch noch nicht als Deckungsmittel eingeplant.

Bürgermeister Lahl kündigte an, den Gemeinderat über die beantragte Förderung zu informieren.

Gemeinderat Dauber fragte nach dem Grund für die gegenüber der Kostenschätzung um ein Drittel gestiegenen Planerhonorare. Ortsbaumeister Ehmann sagte dazu, dass der Ansatz in der Kostenschätzung zu niedrig war. Mit ca. 20% lägen die Planerkosten im üblichen Bereich.

Einstimmig stellte der Gemeinderat die Kosten des Schulbaus mit 1.548.753,26 Euro fest.

## **Kostenfeststellung für den Spielplatz im Grund**

Bürgermeister Wolfgang Lahl informierte zu Anfang darüber, dass die Kostenfeststellung wegen eines Rechtsstreits deutlich länger dauerte als üblich.

Ortsbaumeister Ehmann führte aus, dass die Herstellungskosten im September 2014 mit knapp 365.000 Euro kalkuliert wurden. An eine schwierige Bauphase schlossen sich mehrere Gewährleistungsinanspruchnahmen mit Mängelbeseitigungen an, die aus Verwaltungssicht nicht ausreichten. Kurz vor Klageerhebung durch die Gemeinde kam der Erwerber der Baufirma auf die Gemeinde zu mit dem Ziel, den anhängigen Streit beizulegen. Das wurde erreicht. Die Abrechnung schließt jetzt mit 365.253,02 Euro.



Der Bürgermeister sprach die hohen Nebenkosten an. Der Anstieg ergab sich aus Leistungen für Gutachter und Rechtsanwälte, um die Forderungen der Gemeinde geltend zu machen und zu belegen. Ortsbaumeister Ehmann ergänzte, dass die HOAI-Sätze für Außenanlagenplaner sehr hoch sind. Aus diesem Grund ist die Gemeinde dazu übergegangen, Außenanlagen wie Spielplätze von bewährten Herstellern planen zu lassen.

Einstimmig stellte der Gemeinderat die Kosten des Spielplatzes im Grund mit 364.253,02 Euro fest.

## **Anfragen der Damen und Herren Gemeinderäte**

Gemeinderätin Himmelein fragte nach dem Stand des städtebaulichen Wettbewerbs Weil-Mitte. Der Bürgermeister berichtet, dass 16, teil internationale Bewerbungen um



die Teilnahme eingingen. Die Bewerbungen werden momentan von der Kommunalentwicklung geprüft.

Gemeinderätin Himmelein regte zum Roten Berg und vor allem für die Tübinger Straße die Schaffung einer Zone mit Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h an. Momentan gebe es viele zu schnell fahrende Fahrzeuge, trotz der parkenden Autos an den Straßenseiten. Der Bürgermeister sagte zu, den Vorschlag in die nächste Verkehrsschau zu nehmen.

Gemeinderat Ehrmann berichtete über neue Beschwerden aus der Einwohnerschaft über Probleme mit Schulbussen. Leider seien die Beschwerden wenig konkret. Der Bürgermeister sagte zu, bei konkreten Beschwerden auf das ÖPNV-Amt im Landratsamt und den Zweckverband Schönbuchbahn zuzugehen.

Gemeinderat Ehrmann erkundigte sich nach dem Stand des geplanten Gebiets für landwirtschaftliche Schuppen. Bürgermeister Lahl berichtete, dass dieses Vorhaben derzeit nicht weiter ausgearbeitet wird, Bevor man hier weitermachen kann müssen noch einmal alle beteiligten Behörden an einen Tisch, um die momentanen Hindernisse zu beseitigen.

Gemeinderat Speidel sprach Fallobst auf dem neuen Spielplatz Weil-Nord an, wodurch Wespen angelockt werden. Die Verwaltung wird dem nachgehen.

Gemeinderat Breitling reklamierte Schulbusprobleme am Schönbuchgymnasium in Holzgerlingen. Die Wartezeit zwischen Unterrichtsende 12.15 Uhr und Schulbusabfahrt 12.50 Uhr sei zu lang. Der Bürgermeister sagte zu, die Kritik an das ÖPNV-Amt weiterzugeben. Dort steht ohnehin noch ein zugesagtes weiteres Gespräch über die Veränderungen im Schülerverkehr aus. Ein weiteres Thema seien die Schülerverkehre vom Schönbuchgymnasium nach der 6. Stunde.

Gemeinderätin Grube-Meißner fragte nach dem Sachstand am Molkeplatz. Dazu ist eine Beratung im Gemeinderat am 28.10.2018 geplant.

Gemeinderat Hiller kritisierte, dass entlang der Schönbuchbahn immer noch neben den Schienen die Reisigbündel aufgrund der Arbeiten an den Gleisen liegen. Diese sollten dringend entfernt werden. Der Bürgermeister sagte zu, auf den Zweckverband Schönbuchbahn zuzugehen.

Gemeinderätin Dr. Staber fragte nach der Vorgehensweise des Bauhofs zur Unkrautbekämpfung auf wassergebundenen Gehwegen. Dazu berichtete der Bürgermeister, dass der Bauhof nur noch mit einem Heißwassergerät arbeitet, da Unkrautvernichtungsmittel verboten sind.

Gemeinderätin Weiss erkundigte sich, wann die Ausbauarbeiten der Schönbuchbahn voraussichtlich enden werden. Für den Bürgermeister ist die angekündigte Fertigstellung bis 8.12.2018 unwahrscheinlich. Er geht davon aus, dass die Arbeiten bis in das Frühjahr 2019 reichen werden.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.